

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

223 (21.9.1877)

Beilage zu Nr. 223 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 21. September 1877.

Deutschland.

Berlin, 17. Sept. Für den zum Ober-Verwaltungsgerichts-Rath ernannten bisherigen Senator Albrecht findet in dem Reichstags-Wahlkreis (11. hannoverschen) am 24. d. Mts. eine Nachwahl statt. Der bisherige Abg. Albrecht ist wiederum als Kandidat aufgestellt; als Gegenkandidat der Socialdemokraten wird der Maurergeselle, nach anderer Meinung der Steinträger Hurlmann aus Berlin aufgestellt werden. Die H. Agitatoren in Osnabrück sind in Betreff ihrer Erfolge sehr kleinmüthig. Sie erklären, daß die Socialdemokraten des Wahlkreises nicht in der Lage seien, die mit der Wahl verbundenen Unkosten zu tragen, weil der betreffende Wahlkreis nicht bloß sehr arm sei, sondern weil auch die Arbeiter nicht mehr in voller Arbeit stehen und ihre Einnahme dadurch sehr geschmälert wäre. Sie bitten ihre Parteigenossen, sie in dem Wahlkampfe nach Kräften mit Geld zu unterstützen. Es scheint, als ob die Kandidatur des Hrn. Hurlmann unter solchen Umständen auf sehr schwachen Füßen stehe.

Ein Eldorado der Socialdemokraten muß, jetzt die städtische Verwaltung der sächsischen Stadt Crimmitschau sein. Bei der am 10. d. Mts. dort stattgehabten Stadtraths-Wahl wurde der Socialdemokrat Schlegel gewählt und einige Tage früher wurde sein Gesinnungsgenosse Kästig mit demselben Amte betraut. Der Vorsitzende des dortigen Stadtverordneten-Kollegiums ist der bekannte Socialdemokrat Ludwig Mehrtens. Wenn diese Herren nun wirklich etwas auf dem Gebiete der Verwaltung leisten können, dann haben sie in Crimmitschau hinreichende Gelegenheit, ihre Prinzipien zur Geltung zu bringen, und die Welt kann mit Spannung auf die Entwicklung der Verwaltung dieser industriereichen Stadt des schönen Sachsens blicken.

In dem gegenwärtig in Ausarbeitung befindlichen Reichsetat für das Jahr 1878/79 wird neben anderen Mehrforderungen fürs das Reichs-Gesundheitsamt eine erheblich höhere Summe in Anspruch genommen werden müssen. Die Erfordernisse, welche in neuerer Zeit an diese Behörde herangetreten sind, haben erwiesen, daß bei der Dotirung derselben die Ansprüche viel zu niedrig gewesen sind und daß, um die als nothwendig erkannten Aufgaben derselben in praktischer Weise durchzuführen, eine viel bedeutendere Geldsumme erforderlich ist, als man ursprünglich für dieselben erforderlich erachtet hat. Es ist nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen ein unbedingtes Erforderniß, daß die Zahl der vorzutragenden Räte dieser Behörde vermehrt werden muß, wenn dieselbe den an sie gestellten Anforderungen entsprechen soll. Schon die Frage der Lebensmittel-Verfälschung, welche in allerneuester Zeit auf Anregung des Reichsanwalters in die Praxis hinüber geleitet worden, hat dieser Verwaltungsbehörde ein so bedeutendes Feld eröffnet, daß schon jetzt als erwiesen erachtet werden muß, daß die vorhandenen Kräfte nicht mehr genügen. Sobald erst das Amt seine vollkommene Thätigkeit nach allen Seiten hin entfaltet hat, steht auch seiner weiteren Ausdehnung hin zu erwarten. Es ist deshalb, wie wir hören, in Aussicht genommen, die Zahl der ständigen Räte dieser Behörde schon für den nächsten Etat um 2 zu vermehren. Ebenso auch die Zahl der Hilfsarbeiter durch die Einberufung eines Chemikers zu erweitern.

§§ Berlin, 18. Sept. Der Socialismus beieft sich jetzt, nachdem er auf dem Gebiete der Zeitungswelt nicht gering zu schätzende Erfolge erzielt hat, auch auf dem Terrain der sog. wissenschaftlichen Zeitschriften aufzutreten. Gleichzeitig ist die socialistische Revue „Zukunft“ hier in Berlin und die „Neue Gesellschaft“, eine Monatschrift für Socialwissenschaft, herausgegeben von Dr. Wiebe in Jülich, erschienen. Die erstere wird eingeleitet durch einen Aufsatz „Der Socialismus und die Wissenschaft“, bei dem auch das wohlwollendste Urtheil jedenfalls mehr von dem ersteren als von dem letzteren Ingegend zu finden wird. Die einzig interessante Stelle in dem Aufsatz bildet die Behauptung, daß für das Wohl der Menschen nicht bloß die Umgestaltung der ökonomischen Einrichtungen, sondern insbesondere die Reform der Moral und ihrer verschiedenen Systeme nothwendig sei. Der unbekannte Verfasser findet, es gebe eine Reihe moralischer Gebote, welche, was auch ihr ursprünglicher Sinn gewesen sein möge, heute mehr zur Vergrößerung des menschlichen Elendes als zur Erhöhung des menschlichen Glücks beitragen. Aber, da sie mit einem gewissen Heiligenschein umgeben seien, so müsse man aus tatsächlichen Gründen bei der Reform sehr vorsichtig zu Werke gehen. Näher läßt sich der unbekannte Verfasser über die Reform nicht aus. Man kann aber nur annehmen, daß seine Moratereform sehr gründlich ausfallen würde. Von den alten zehn Geboten der Bibel wenigstens würde nach Durchführung der socialistischen Lehren kein einziges mehr bestehen bleiben können, da sie sich sämmtlich auf Religion, Familie und Eigenthum beziehen.

Ein zweiter Aufsatz der „Zukunft“ behandelt einen dänischen Vorschlag zur Lösung der Arbeiterfrage, der darin besteht, daß der Staat jedem Arbeiter außer seinem Lohn noch eine mit den Jahren steigende Leibrente zusichern soll, die auf 12 1/2 Prozent von allem seit dem 18. Lebensjahr bezogenen Lohn bemessen wird, und für Dänemark die bescheidene Summe von etwa 25 Millionen Kronen jährlich ergeben würde. Die neue wissenschaftliche Zeitschrift ist mit diesem Vorschlag nur deshalb nicht zufrieden, weil er auf einen Regierungsocialismus hinauslaufen würde, acceptirt

aber bereitwillig den Gedanken eines Hilfslohns, der dem Arbeiter neben der gewöhnlichen Lohnquote einen weiteren Antheil am gesammten Nettoertrage der Produktion sichern würde. Die zweite Zeitschrift, die „Neue Gesellschaft“, nimmt etwas mehr wissenschaftliche Allüren an. Ihr Programm ist aber entschieden genug in den Worten zusammengefaßt: An die Stelle der privatkapitalistischen und militaristischen Massenausbeutung zu Gunsten einer winzigen Zahl Bevorzugter, die auf dem Kulminationspunkte angekommen ist und ihrem Sturze entgegengeht, muß eine neue Gesellschaft treten. Ein lang ausgehobener Aufsatz „Die Strömung der Gesellschaft wider den Socialismus“ bemüht sich insbesondere nachzuweisen, daß nicht der Socialismus, sondern die heutige Gesellschaft unsittliche Grundzüge habe, und daß die letztere als eine Bande von Verbrechern und Ehrlosen der Vernichtung werth sei. Die unfinnigste Anschuldigung und Verleumdung unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände nennt der Verfasser dieses Aufsatzes, Dr. Duff, Wissenschaft. Auch Hr. Ludwig Büchner ist unter die Socialisten gegangen und hat der Zeitschrift eine unendlich lange Auseinandersetzung gegen die wissenschaftliche Regierungsführung der Neuzeit geliefert. — Im Ganzen unterscheiden sich diese wissenschaftlichen Zeitschriften höchstens in der Form und dem äußeren Gewande von den bisherigen Erzeugnissen der socialdemokratischen Presse und gewinnen nichts dadurch, daß die gewöhnlichen Massenschlagwörter und volkstümlichen Kraftleistungen der socialistischen Agitatoren hier und da mit Versuchen einer in wissenschaftlichen Formen sich bewegenden Beweisführung und Unterjochung durchbrochen werden. Immerhin aber sind diese Zeitschriften ein beachtenswerthes Zeichen, daß der Socialismus sich nicht mehr beschränkt, seine Kräfte über die Arbeiterwelt und die unteren Volksklassen auszuwerfen — denn für diese sind selbstverständlich diese langen, keineswegs populären Aufsätze nicht geschrieben —, sondern mehr und mehr darauf ausgeht, auch in den höheren, gebildeten Schichten der Gesellschaft Anhänger zu werben.

§§ Leipzig, 19. Sept. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Bei dem Prozesse über eine Pfandklage vor dem Gerichte der belegen Sache war auch über die Höhe der Forderung, für welche das Pfand hafte, gestritten und dieselbe auf eine gewisse Summe fixirt worden. Da der Erlös des Pfandes zur Deckung des Gläubigers nicht hinreichte, belangte er denselben Beklagten als persönlichen Schuldner vor dem Gerichte des Wohnsitzes und berief sich zum Beweise seiner Forderung auf die früheren, rechtskräftigen Urtheile aus dem Pfandprozeß. Nach der Ansicht des rein-französischen Rechts lehnte der Richter die Annahme einer rechtskräftigen Entscheidung ab, fand jedoch in den Gründen der Vorerkenntnisse den Beweis für die Existenz und Höhe der Schuld. Dagegen legte der Beklagte den Kassationsrekurs ein — jedoch ohne Erfolg, weil das französische Prozeßrecht dem Richter volle Freiheit läßt, sich seine Ueberzeugung zu bilden.

Der Procurist einer Handelsfrau hatte deren Geschäft in der Art um hunderttausend Mark verkauft, daß sämmtliche Haaren, das Geschäftslokal und die Firma auf den Käufer übergehen, dagegen Aktiva und Passiva der Prinzipalin verbleiben sollten. Die Prinzipalin weigerte sich, den Vertrag zu erfüllen, und erlangte die Abweisung der Klage. So ausgedehnt auch die Befugnisse des kaufmännischen Procuristen sind, haben sie doch ihre Grenze darin, daß sie den Betrieb eines Handelsgewerbes zum Gegenstand haben, während hier das vom Procuristen geschlossene Geschäft die Aufhebung der kaufmännischen Thätigkeit des Prinzipals herbeiführen sollte.

In einem großen Kohlenlieferungs-Vertrage war der Verkäufer mit beträchtlichen Quantitäten im Rückstande und wurde nun auf Entschädigung verklagt, weil der Käufer seine Verpflichtungen gegenüber seinen Abnehmern nicht hatte erfüllen können. Der säumige Verkäufer wendete ein, der Gegner habe den Schaden selbst verursacht, indem derselbe wegen des Sinkens der Preise die Kohlen hätte leicht anderswo anschaffen können. Der Einwand wurde verworfen, denn der Käufer war berechtigt, sich auf rechtzeitige und vollständige Vertragserfüllung zu verlassen.

Belgien.

Der Socialistenkongreß in Gent wurde am 10. Sept. unter Beteiligung von 45 Mitgliedern der Internationale eröffnet, welche als Vertreter socialistischer Vereinigungen in den verschiedenen europäischen Ländern und Americas auftraten. Was es mit dieser „Vertretung socialistischer Vereine“ auf sich hat, lehrt am besten die Thatsache, daß Orte, die in gar keinem Zusammenhang mit einander stehen, wie Lyon und Wien, durch ein und denselben Delegirten vertreten werden, und daß der größte Schwärmer der Versammlung, César de Paeppe, nicht nur die Nationalisten Brüssels, sondern auch noch ihre Gesinnungsgenossen in Osnabrück in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vertritt, während Zanardelli aus Paris sich als den Delegirten Palermo's, Mailands und Manuas und gleichzeitig als den Stellvertreter der beiden Socialistenführer Bignani und Gandolfi aufspielt, welche wegen Geldmangels verhindert seien, auf dem Kongresse zu erscheinen. Nachdem die Sitzung eröffnet, wurden von Boveren (Gent) und Rodriguez (Spanien) zu Präsidenten, Eugen Stein (Brüssel) und Bewalchoff (Rußland) zu Sekretären gewählt. Kein Beschluß wird gefaßt, dem nicht lange Erörterungen für und Wider vorausgehen, in welchen holländische Redner die Ansichten der Franzosen, die von dem ganz-französischen Wort verfahren, widerlegen, oder deutsche Redner die Meinungen der Engländer verwerfen, welche letzteren bei jeder Gelegenheit verlangen, man solle ihnen die Worte ihrer Widersacher ins

Englische übertragen. Die allgemeine Sitzung am ersten Tage währte nur 2 Stunden, von 8—10 Uhr Morgens, um einer Kommission Zeit zu geben, während des übrigen Tages die Mandate der Delegirten zu prüfen, wahrscheinlich aus Besorgniß, ein unberufener Polizeioffizier könne sich den Häuptern der Lieben beigegeben haben. Der Sitzungssaal ist ein großes Kneipzimmer, mit einer langen Tafel nebst Stühlen in der Mitte und einem Schanztisch in einer Ecke, wo eine Fremdenperson das Bier eingopft, welches ein mit einer blauen Blause besetzter Aufwärter den dürftigen Volksbegehler zuträgt. Der Tabakrauch von etwa 30 Pfeifen und Cigarren hängt schwer in der Luft und im Hintergrunde steht eine bunte Gesellschaft von Arbeitern in Mützen und Werktagsblousen, welche kommen und gehen, um einen kurzen Blick auf die seltsame Versammlung zu werfen. Wenn man die Herren so hinter dem Tische sitzen sieht, gleichen sie eher ihren eigenen Gegnern, einer Gesellschaft behäbiger Bourgeois am Stammtische, als einer Versammlung von Kommunisten. Viehnacht gab seinen Freunden Gelegenheit zu einem theatralischen Empfang, indem er als der Letzte in der Versammlung erschien. Ein langer Streit erhob sich darüber, ob die Verhandlungen des Kongresses öffentlich oder geheim sein sollten. Nachdem hierbei namentlich von belgischer Seite auf die liberale und ultramontane Presse geschimpft worden, ward schließlich der Antrag auf Oeffentlichkeit mit 29 gegen 18 Stimmen angenommen, jedoch mit dem Zusatz, daß es dem Kongresse unbenommen bleiben solle, geeigneten Falls die Oeffentlichkeit wieder auszuschießen. Der ausgesprochene Zweck des Kongresses ist, unter den verschiedenen Zweigen des Socialismus Einigkeit herzustellen und ein gemeinsames Vorgehen gegen die bestehenden Staatsverrichtungen zu erzielen. Es liegen deshalb folgende sechs Gegenstände zur Berathung vor: 1) Das Bündniß zwischen den verschiedenen Arbeiter- und Socialistenvereinen. 2) Die Schaffung eines Centralbureaus für Korrespondenz und Statistik der arbeitenden Klassen, welches Mittheilungen über den Werth der Handarbeit und der Lebensbedürfnisse, sowie über die Dauer der Arbeitszeit, über Fabrikgesetze u. s. w. sammeln und veröffentlichen soll. 3) Die Organisation der Gewerke. 4) Das Verhalten des Proletariats zu den politischen Parteien. 5) Die moderne Produktionsweise und der Privatbesitz. 6) Werth und socialer Einfluß von kommunistischen Gemeinden, Produktionsgenossenschaften und anderer socialer Verträge, wie dieselben in verschiedenen Ländern bestehen. Die Berathung über die erste Nummer dieses Programms beschäftigte die Versammlung bis zum Schluß der kurzen Sitzung. Am Abend fand eine Volksversammlung statt, in welcher sämmtliche von den Internationalisten gehaltenen Reden den Anwesenden in das Holländische übersetzt wurden. Zugewen waren etwa 2000 Personen, meist junge Burschen. Auf der Plattform befanden sich 40 Delegirte, darunter B. Viehnacht, der dicht neben dem Präsidenten Platz genommen hatte, und eine Dame. Die meisten Mitglieder der Versammlung wie auch einige der Delegirten hatten Tabakspfeifen im Munde und auch die Dame auf der Plattform rauchte eine Cigarette. Die versammelte Menge verhielt sich im Allgemeinen sehr ruhig, nur gelegentlich, als einige Redner zu arg gegen die katholische Geistlichkeit donneten, ließ sich ein lebhaftes Rischen hören, aus dem die Redner entnehmen konnten, daß ihre Zuhörer vorläufig sich mehr am Wängelbunde der Ultramontanen, als dem der Internationale befinden. Gent ist nämlich sehr ultramontan. (Magdb. Z.)

Vermischte Nachrichten.

— (Ein Familiendrama.) Die „Tribüne“ meldet aus Berlin, 14. Sept.: Große Aufregung verursachte gestern Mittag eine blutige Scene bei den Bewohnern der Staligerstraße. Der Bureauvorsteher Heinrich Frey und seine Gattin Friederike, welche einen Prozeß auf Ehescheidung führen, obwohl sie erst im August dieses Jahres sich verheirathet hatten, waren bei dem Staligerstraße Nr. 68 wohnenden Prediger Steinbach zum Zwecke des Ehescheidungsverfahrens erschienen. Die beiden Eheleute hatten vis-à-vis an einem Tisch Platz genommen, während der Geistliche an einem kleinen Pult stand. Der Termin verlief erfolglos, denn die junge Frau weigerte sich auf das Entschiedenste, mit ihrem Manne ferner zusammenzuleben. Als der Prediger die Ansage der Frau protokolliren wollte und dem Ehepaar den Rücken auf einen Augenblick zudrehte, ertönte plötzlich ein Schuß und ein Aufschrei. Der Prediger blickte um sich und sah, wie der Ehemann einen Revolver in der Hand hielt und die Frau das Gesicht nach an die Brust preßte. Sofort versuchte der Geistliche, dem Manne den Revolver zu entreißen, doch schon trachte ein zweiter und dritter Schuß. Die Frau sank zu Boden, während der Mörder die Furcht ergriff und der Geistliche die Treppe hinunter eilte, um Hilfe zu holen. Der Mörder war indessen in das Hintergebäude in einen Maschinenraum gedrungen, aus welchem gleich darauf zwei Schüsse ertönten, mit welchen der Mann selbst seinem Leben ein Ziel gesetzt hatte. Die Frau lebte noch und wurde in ärztliche Pflege gegeben, hat jedoch noch am Abend ihren Geist aufgegeben. Vor dem Ehescheidungs-Termin hat sich der Mann noch bei einem im Nebenhause wohnenden Friseur frisiren lassen, dann soll er nach einer Desinfektion gegangen sein und sich durch geistige Getränke animirt haben. Eine der Augen, die er auf sich abgefeuert, hatte sein Herz durchbohrt und den augenblicklichen Tod herbeigeführt. Seine Frau, eine imposante Erscheinung, hatte, nachdem der Mörder den ersten Schuß abgegeben, noch die Kraft, hinter eine Gardine zu flüchten, um Hilfe zu rufen und zu schreien: „Er schießt! Er schießt!“ Da traf sie die zweite Kugel, welche ihr die Hand zerschmetterte, die dritte Kugel durchbohrte ihren Magen. Die Frau, welche nicht ohne Vermögen war, soll den Mann verlassen haben, weil er dem Trunke ergeben war.

— Die neueste Nummer des „Aerzil, Intelligenzblattes“ enthält folgende Korrespondenz aus Wien: „Von der römischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze in Bulareß werden Aerzte für die Ambulanzen engagirt, und zwar erhalten diplomirte Operateure 800 Frcs. monatlich, Sekundärärzte mit chirurgischen Erfahrungen 400 Frcs. monatlich. Beide erhalten freie Hin- und Rückreise, sowie Befähigung, Anmerkungen mit Belegen sind an den Präsidenten der Gesellschaft, Sr. Exc. den Fürsten Demetrius Ghita in Bulareß, zu richten.“

